

*Nachdem sich am 12.11.16 Regierung und FARC in Havanna auf ein modifiziertes Friedensabkommen geeinigt haben, stellt das Magazin SEMANA die wichtigsten Änderungen gegenüber der per Volksabstimmung abgelehnten ersten Fassung dar:*

### **Die 10 fundamentalen Änderungen des neuen Abkommens**

Nachdem 41 Tage vergangen sind seit dem Plebiszit über den Frieden, verkündeten Regierung und FARC den Text eines neuen Abkommens, der in fast 60 Punkten Änderungen beinhaltet. Angesichts wichtiger Änderungen, aber unter Beibehaltung der ursprünglichen Struktur der Vereinbarung, erläuterten Präsident Santos und Chefunterhändler Humberto de la Calle, wie der Punkt der Übergangsjustiz gestaltet wurde.

Präzisierungen bezüglich der Gender-Ausrichtung und des Wegfalls der Ausweisung von für die FARC reservierte Wahlkreise sind einige andere von ihnen dargelegte Punkte.

SEMANA stellt die 10 Schlüsselthemen vor:

#### **1. Das Friedensabkommen wird nicht in Gänze in die Verfassung aufgenommen**

Einer der wichtigsten Punkte besteht darin, dass nicht mehr gefordert wird, das gesamte Abkommen in die Verfassung aufzunehmen. Das Thema war wichtig für die FARC, die danach strebte, das Abkommen vor nachträglichen Änderungen per Gesetz zu bewahren und ihre rechtliche Absicherung zu garantieren. Dass davon einiges wegfällt zeigt, dass die FARC hier etwas nachgab.

Die Befürworter des Nein waren nie damit einverstanden, 297 Seiten Text in die Verfassung aufzunehmen. Laut Humberto de la Calle ist "das Grundprinzip der Einhaltung der Abmachung eine Verpflichtung beider Seiten, das Abkommen einzuhalten, und was den Staat angeht, setzen die Grundzüge des Abkommens die Parameter und Leitlinien der normativen und praktischen Umsetzung."

Präsident Santos erklärte in seiner Ansprache, dass lediglich die Punkte Menschenrechte und Internationales Humanitäres Recht, „die ja als solche bereits Teil der Verfassung sind“, in die Verfassung Eingang finden sollen. Dies, weil schon heute die internationalen Abkommen darüber als Teile der politischen Charta gelten.

Dass man sich auf diese Formel einigte, ergibt auch deswegen Sinn, weil der Guerilla schon immer die speziellen Abkommen über die Menschenrechte zusagten. Hierzu müssen nun noch die Themen zugefügt werden, die sich auf das Ende des Krieges beziehen, was vereinbar ist mit dem neuen Abkommen.

Derzeit prüft das Verfassungsgericht Klagen gegen den Gesetzesakt für den Frieden. Auch wenn nun die Einbeziehung in die Verfassung nicht mehr dazugehört, ist der Mechanismus des „Fast Track“ weiterhin von Bedeutung, weil dadurch die Umsetzung des Abkommens durch das Parlament dadurch im Schnellverfahren beschlossen werden kann.

#### **2. Das Verfassungsgericht überprüft seine Aufsicht über die Rechtsprechung**

Obwohl die neue Vereinbarung sich nicht die Formel des Nein zu eigen macht, nach der die gesamte Übergangsjustiz wegfallen sollte, ist doch vorgesehen, dass über das Verfassungsgericht die Übergangsjustiz in das allgemeine Rechtssystem eingehen soll. In diesem Sinn legt das Abkommen fest, dass Eingaben gegen Entscheidungen der Übergangsjustiz vom Verfassungsgericht behandelt werden sollen.

Dies ist eine Formel, welche die Vorschläge des Nein und des Obersten Gerichtshofs harmonisiert, indem es die Möglichkeit eröffnet, dass das Verfassungsgericht als oberste Instanz das letzte Wort haben soll.

Dieser Punkt wird der Justiz gefallen, könnte jedoch Probleme aufwerfen bei der Umsetzung des Abkommens, weil dadurch wichtige Entscheidungen in eine Schleife gehen und es dann schwierig wird, die Rechtssicherheit für von der Übergangsjustiz Verurteilte oder Freigesprochene zu garantieren. So gesehen bekommt die Wahl von fünf neuen Richtern des Verfassungsgerichts viel mehr Bedeutung angesichts des neuen Abkommens. Die neuen Richter werden den Friedensprozess in der Hand haben.

### **3. Grenzen der Freiheitsbeschränkungen**

Ebenfalls beschlossen wurde, dass Genehmigungen einzuholen sind, bevor ein Verurteilter die Zone verlassen kann, die ihm zur Verbüßung der Strafe zugewiesen wurde und dass die Verifizierungsbeamten in festgelegten Abständen über die Befolgung der Urteile berichten müssen. Außerdem wird festgelegt, dass Zeiten, die Verurteilte vor Einrichtung der Übergangsjustiz in den Sammelzonen oder mit Aktivitäten zur Wiedergutmachung zubringen, auf die Strafen angerechnet werden. Diese Präzisierungen erfüllen die Ansprüche der Sprecher des Nein. Diese verlangten nie, dass die Strafen in Gefängnissen zu verbüßen seien, aber dass die Gebiete, in denen sich verurteilte Guerrilleros aufhalten dürfen, eingeschränkt werden sollen.

### **4. Konnektivität zu Drogenvergehen im Rahmen der Rechtsprechung**

Obwohl dieser Punkt eher eine Leerstelle als eine grundlegende Differenz darstellte, stellt das neue Abkommen klar, dass rechtliche Grundlage das Strafgesetzbuch der Republik Kolumbien ist und dass verfahrensrechtliche Regelungen Teil der normalen Rechtsordnung sein müssen. Auch wird klargestellt, dass hinsichtlich der Verbindung zwischen Drogenhandelsdelikten und politischen Delikten die Rechtsprechung jeden Fall gesondert zu behandeln hat. Diesbezüglich hat das Oberste Gericht verfügt, dass diese Verbindung immer dann besteht, wenn Aktivitäten im Drogengeschäft stattfanden, um den Krieg zu finanzieren. Das heißt jedoch nicht, dass die Position des Obersten Gerichts dazu sich nicht ändern könnte. In der Vergangenheit gab es tiefe Differenzen innerhalb dieses Gerichtshofes, weil eine Gruppe von Richtern der Meinung war, dass Delikte des Drogengeschäfts immer in Verbindung zu politischen Delikten stehen.

### **5. Kolumbianische Richter**

Der neue Vertrag schließt aus, dass ausländische Richter in die spezielle Rechtsprechung für den Frieden aufgenommen werden können, akzeptiert aber die Anwesenheit ausländischer Experten, die Konzepte zu verhandelten Fällen beisteuern können. Präsident Santos verkündete, dass die spezielle Rechtsprechung 10 Jahre lang amtieren soll, aber lediglich in den ersten beiden Jahren Anträge auf Ermittlungen entgegennehmen kann.

„Ein anderes Thema, das die Vertreter des Nein sehr bewegte, ist, dass es keine ausländischen Richter geben soll. Das wurde gestrichen. Alle werden Kolumbianer sein mit den gleichen Qualifikationen wie die Richter aller unserer Gerichte“, sagte Santos in seiner Ansprache.

### **6. Keine fest zugesagten Wahlkreise**

Der neue Vertrag sieht vor, dass die aus der FARC hervorgehende Partei von sich aus keine Kandidaten für die 16 Wahlkreise einsetzen kann, die ihr vorläufig durch das Abkommen zugewiesen werden. Diese Wahlkreise sollen besetzt werden aus Kreisen der örtlichen Gemeinschaften und von den Opfern des Konflikts.

Weggefallen ist auch die Festlegung, dass die Partei der FARC von vornherein zu 30% vom Staat finanziert werden soll wie die anderen Parteien. In diesem Kapitel wird auch klargestellt, dass sozialer Protest immer friedlich erfolgen soll, und dass der Staat verpflichtet ist, die Rechte aller Bürger zu schützen.

#### **7. Respekt für die Religionsfreiheit und Definition des Genderfokusses**

Angesichts der Infragestellungen der katholischen Kirche, anderer christlicher Gruppierungen und der Befürworter des Nein legen FARC und Regierung fest, was unter Genderfokus zu verstehen ist: „Es bedeutet die Anerkennung der gleichen Rechte von Männern und Frauen sowie der Lebensumstände aller.“ Santos führte aus: „Damit trägt man dem Umstand Rechnung, dass der Konflikt Frauen in besonderer Weise betroffen hat, so dass diese besonderer Maßnahmen bedürfen, um ihre Rechte wieder herzustellen.“ In diese Verdeutlichung bezog der Präsident die Vereinigung der Schwulen und Lesben nicht ausdrücklich ein, er machte aber auch keine Andeutung, dass diese Gruppe eine Einschränkung ihrer Rechte befürchten müsste.

Somit hat man also das Prinzip des Respekts vor Gleichheit und Nichtdiskriminierung betont, wodurch allen Personen alle Rechte zustehen. Unter Berücksichtigung von Eingaben betont der Text, dass die Religionsfreiheit respektiert wird, woraus folgt, dass jede religiöse Bekundung respektiert wird.

#### **8. Auflistung der Vermögenswerte der FARC**

Eines der kniffligen Themen ist die Übergabe der Vermögenswerte der FARC zum Zweck der Entschädigung der Opfer. Dies ist so, weil man die Summe des Geldes der FARC nicht kennt, welches sie zur Entschädigung der vom Krieg Betroffenen verwenden kann. In dieser Sache wurde vereinbart, dass die FARC in der Schlussphase der Waffenübergabe eine Aufstellung ihrer Güter und Aktiva vorlegen wird, um diese zur materiellen Entschädigung der Opfer zu verwenden.

Dieser Punkt hatte in der Vergangenheit einen Zusammenstoß zwischen dem FARC-Chef Jesús Santrich und Generalstaatsanwalt Néstor Humberto Martínez ausgelöst, der die FARC zur Offenlegung eines Inventars aufforderte und androhte, die Staatsanwaltschaft werde sonst mit Nachdruck nach dem Vermögen der FARC forschen.

#### **9. Öffnung der Übergangsjustiz für Dritte**

Schon in seiner ersten Äußerung nach dem Plebiszit forderte Expräsident Uribe, dass die Zuständigkeit der Übergangsjustiz für Dritte ausgeschlossen werden sollte. Trotzdem bekräftigt der neue Vertrag diese Zuständigkeit für die Untersuchung von Praktiken der Finanzierung oder Kollaboration mit Akteuren des Konflikts seitens Dritter, die nicht am Konflikt direkt beteiligt und somit aktiv an schweren Straftaten teilnahmen oder diese ermöglichten.

Zu diesem Punkt wird auch vereinbart, dass jene Dritten, die zur Wahrheitsfindung und Entschädigung beitragen, in den Genuss von Strafmilderungen kommen können.....

„Jene, die nicht für schwere Verbrechen verantwortlich sind, sollen die Möglichkeit bekommen, dass laufende Verfahren gegen sie in der normalen Justiz beendet werden“, sagte Präsident Santos. Außerdem kündigte er an, dass Nichtregierungsorganisationen nicht wie Staatsanwälte agieren und anklagen könnten: „Sie können nur Informationen präsentieren, die dann ausgewertet und vom Gericht verwendet werden“.

#### **10. Expertenkommission zur Überprüfung der landwirtschaftlichen Legislation**

Obwohl Präsident Santos andeutete, dass die neue Gesetzgebung über den Agrarsektor nicht im Vertrag von Havanna enthalten ist, wird man eine Kommission aus Experten bilden, welche die den Agrarsektor betreffenden Teile des Abkommens überprüfen soll, weil es zu diesem Punkt des Abkommens besonders viele Bedenken gab. Er machte klar, dass neue Reservezonen für Kleinbauern zusätzlich zu den bereits bestehenden nicht gebildet werden, und dass in keinem Punkt der Vertrag das Recht auf Privateigentum beschränke. Er betonte auch, dass das einzuführende Kataster als solches keinen Einfluss auf die Einheitsbewertung haben werde.